

Die Pflegeversicherung braucht ein Update: Einschätzungen der Bevölkerung zu den Kosten der Pflege

Pressestatement von Ulrich Schneider,
Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands,
anlässlich der Präsentation aktueller Umfrage-Ergebnisse

am 24. August 2023 in der Bundespressekonferenz.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein Vorhaben der Ampel-Koalition, das vergleichsweise konfliktfrei und nahezu im Zeitplan tatsächlich vor der Sommerpause bereits realisiert wurde, ist das Gesetz zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege. Der Handlungsdruck in der Pflege ist spätestens seit der Corona-Pandemie offenkundig, keine Partei kommt an dem Thema vorbei. Personalnotstand, Unterversorgung, steigende Kosten – die Pflege ist am Limit und alle Beteiligten leiden darunter: Pflegebedürftige und pflegende Angehörige, ebenso wie Beschäftigte und Pflegeeinrichtungen und -dienste. Was es gebraucht hätte, ist eine Reform, die die Pflege vom Kopf auf die Füße stellt. Doch statt des erhofften und zwingend nötigen großen Wurfes wurde einmal mehr ein Gesetz verabschiedet, das – bei allen Verbesserungen im Detail – Stückwerk blieb. Der Gesundheitsminister selbst hat erklärt, dass für bessere Regelungen kein Geld zur Verfügung stünde.

Es ist daher wenig überraschend, dass bereits mit Inkrafttreten des so genannten PUEG (Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz) zum 1. Juli diesen Jahres Forderungen nach weiteren Reformen laut wurden. Das zentrale Problem ist die Finanzierung der Pflege. Gute Pflege kostet Geld, doch genau das fehlt – und zwar strukturell im System. Nötige Verbesserungen führen zu steigenden Eigenanteilen, die Pflegebedürftige aus eigener Tasche bezahlen müssen, weil die Pflegeversicherung sie nicht in voller Höhe übernimmt. Pflegebedürftigkeit ist inzwischen ein echtes Armutsrisiko. Immer weniger Menschen können sich die eigene Pflege leisten.

Angesichts der gravierenden Problemlage wollten wir wissen, wie die Bevölkerung zu diesem Thema denkt. Wir haben deshalb eine Umfrage zu den Kosten der Pflege in Auftrag gegeben. Wir wollten wissen:

- Wie schätzen die Menschen die Zusatzkosten bei Pflegebedürftigkeit ein?
- Wie bewerten sie die tatsächlichen Kosten, die im Falle einer Pflegebedürftigkeit selbst zu tragen wären?
- Und: Wie sieht es mit der Zustimmung zu verschiedenen Lösungsansätzen aus: Wird ein Um- und Ausbau der Pflegeversicherung präferiert oder eher auf Modelle der individuellen Zusatzvorsorge gesetzt?

Die repräsentative Umfrage wurde Anfang August vom Markt- und Meinungsforschungsinstitut Forsa durchgeführt. Insgesamt wurden 1010 Personen ab 18 Jahre befragt.

Die Befunde im Überblick:

1. Eine große Mehrheit unterschätzt die Kosten, die Pflegebedürftige im Durchschnitt für die eigene Pflege in einem Pflegeheim pro Monat selbst aufbringen müssen, deutlich. Die Kosten, die bei einem Aufenthalt von bis zu 12 Monaten im Durchschnitt für Pflegebedürftige als Eigenanteile anfallen, betragen derzeit rund 2700 Euro. Lediglich eine von fünf Personen, 21 Prozent der Befragten, rechnet mit Kosten in dieser Höhe. 76 Prozent der Befragten gehen von deutlich geringeren Beträgen aus, die sie bei Pflege in einem Heim selbst zahlen müssten. Bei den Unter-45-Jährigen gab nur jeder Zehnte einen Betrag an, der den aktuellen tatsächlichen durchschnittlichen Zusatzkosten für Pflegebedürftige in einem Heim im ersten Jahr entspricht.
2. Eine große Mehrheit von 81 Prozent glaubt nicht, dass sie die derzeit notwendigen Beträge im Falle von Pflegebedürftigkeit selbst aufbringen könnten. Lediglich 14 Prozent schätzen ihre Lage so ein, dass sie Kosten in dieser Höhe selbst stemmen könnten.
3. Nur eine ausgesprochen kleine Minderheit von 6 Prozent hält die derzeit fälligen Eigenanteile für angemessen. Eine sehr große Mehrheit von 89 Prozent dagegen ist nicht der Meinung, dass die trotz Pflegeversicherung anfallenden Zusatzkosten angemessen sind. Dabei gibt es einen breiten Konsens unabhängig der individuellen Parteipräferenz: Während sowohl unter den Anhänger*innen von SPD und Grünen je 89 Prozent der Meinung sind, dass die Pflegeversicherung mehr Geld zuzahlen sollte, teilen diese Auffassung auch 86 Prozent der Anhänger*innen von CDU/CSU und 80 Prozent der Anhänger*innen der FDP.
4. Es zeigt sich zudem eine außerordentlich große Zustimmung in der Bevölkerung zum Ausbau der gesetzlichen Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung. Vier von fünf Personen (81 Prozent) stimmen eher der Aussage zu, dass die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung so ausgebaut werden sollten, dass alle pflegebedingten Kosten von der Pflegeversicherung übernommen werden. Nur 14 Prozent stimmen der Aussage eher zu, dass diese nicht ausgebaut werden und Menschen individuell vorsorgen sollten. Auch bei dieser Frage gibt es wenig Unterschiede unter den Anhänger*innen der verschiedenen Parteien: Anhänger*innen der Grünen stimmen der Aussage zu 82 Prozent eher zu, die Anhänger*innen der SPD zu 79 Prozent, die der CDU/CSU zu 78 Prozent und die der FDP zu 76 Prozent.

Die über Parteigrenzen reichende Übereinstimmung sowohl in Problemdiagnose als auch -lösung ist bemerkenswert und sollte der Bundesregierung zu denken geben. Wir werben daher im breiten Bündnis für eine solidarische Pflegevollversicherung. Zu diesem Bündnis gehören neben dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, ver.di und dem BIVA-Pflegeschutzbund sieben weitere bundesweite Akteure (Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK), Sozialverband Deutschland (SoVD), Bundesverband der kommunalen Senioren- und Behinderteneinrichtungen, Deutscher Frauenrat, Volkssolidarität und AWO).

Und unsere Forderung hat prominente Unterstützung auch in der Politik, vor allem auf Länderebene tut sich viel: Zuletzt hat NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) sich öffentlich für eine solidarische Vollversicherung in der Pflege stark gemacht, wie auch seine Amtskollegin Heike Werner (Die Linke) aus Thüringen.

Damit jedoch keine Verwechslung aufkommt: Die Idee einer optionalen, privaten Zusatzversicherung aus dem Koalitionsvertrag der Ampel, die ebenfalls unter dem Label Pflegevollversicherung verkauft wird, lehnen wir ab. Eine solche Lösung würde zwangsläufig zu einer Zweiklassen-Versicherung führen, wie wir es beispielsweise in der Altersversorgung erleben.

Was es braucht, ist eine echte Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Kosten übernimmt – unabhängig davon, ob es sich um stationäre oder ambulante Pflege handelt. Auch die familiäre Pflege darf nicht aus dem Blick geraten. Andernfalls drohen Überlastung und Unterversorgung, weil notwendige Leistungen aus finanziellen Gründen nicht in Anspruch genommen werden. Pflegevollversicherung, das bedeutet für uns: Sämtliche durch einen unabhängigen pflegerischen-medizinischen Dienst für bedarfsgerecht erachtete Pflegeleistungen müssen in vollem Umfang und ohne Eigenanteile vollständig von den Kassen finanziert werden.

Die Umfrage-Ergebnisse zeigen: Die Menschen unterschätzen die Herausforderungen, im Ernstfall sind sie finanziell überfordert, konkret wünschen sie sich eine Versicherung, die das individuelle Risiko der Pflegebedürftigkeit verlässlich und umfassend absichert. Es ist höchste Zeit, dass die Bundesregierung die Pflegeversicherung aus der Sackgasse holt und den Menschen mit einer Pflegevollversicherung endlich Sicherheit gibt.